

Stadtverordnetenbüro
Auskunft erteilt: Frau Benz
Südanlage 5, 35390 Gießen

Telefon: 0641 306-1023
Telefax: 0641 306-2033
E-Mail: stadtverordnetenbuero@giessen.de

Datum: 26.06.2007

Niederschrift

der 10. Sitzung des Ausschusses für Planen, Bauen, Umwelt und Verkehr
am Dienstag, dem 19.06.2007,
Kerkrade-Zimmer, Kongresshalle, Berliner Platz 2, 35390 Gießen.
Sitzungsdauer: 19:00 - 19:40 Uhr

Anwesend:

Stadtverordnete der CDU-Fraktion:

Frau Dorothe Küster **Ausschussvorsitzende**
Frau Karen-Heide Bernard
Herr Dr. Johannes Dittrich
Herr Michael Oswald
Frau Ute Wernert-Jahn

Stadtverordnete der SPD-Fraktion:

Herr Wolfgang Bellof
Frau Eva Janzen
Frau Renate Schlotmann
Herr Andreas Walldorf

Stadtverordnete der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Herr Dr. Wolfgang Deetjen
Frau Dr. Bettina Speiser

Stadtverordnete der FDP-Fraktion:

Herr Harald Scherer

Stadtverordnete der Die Linke.Fraktion:

Herr Michael Beltz

Außerdem:

Herr Michael Janitzki Die Linke.Fraktion (ab 19:15 Uhr)
Herr Johannes Zippel FW-Fraktion

Vom Magistrat:

Frau Gerda Weigel-Greilich Bürgermeisterin
Herr Thomas Rausch Stadtrat

Von der Verwaltung:

Frau Petra Cremer Stadtplanungsamt

Vom Büro der Stadtverordnetenversammlung:

Herr Dieter Knoth Büroleiter
Frau Simone Benz Stellv. Schriftführerin

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Sie stellt fest, dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

Gegen die Form und die Frist der Einladung und die Tagesordnung werden keine Einwände erhoben. Somit ist die Tagesordnung in der vorliegenden Form beschlossen.

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Bürger/-innenfragestunde

2. Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes STV/0995/2007
 Nr. GI 03/10 "Altenwohnanlage Eichendorffring";
hier: - Entscheidung über die vorgebrachten Anregungen
 - Satzungsbeschluss
 - Antrag des Magistrats vom 22.05.2007 -

3. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. GI 01/23 "St. STV/1002/2007
 Josefs Krankenhaus";
hier: - Entscheidung über die vorgebrachten Anregungen
 - Satzungsbeschluss
 - Antrag des Magistrates vom 25.05.2007 -

4. Fertigstellung des letzten Teilstücks Kanalsanierung STV/0846/2007
 Wetzlarer Straße/Zum Weiher, Kleinlinden
 - Antrag der SPD-Fraktion vom 27.02.2007 -

5. Radtourismus STV/1021/2007
 - Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen
 und FDP vom 05.06.2007 -

- | | | |
|-----|--|---------------|
| 6. | Fußweg Brandwegbrücke/Spielplatz Hauffstraße
- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen
und FDP vom 06.06.2007 - | STV/1030/2007 |
| 7. | Berichts Antrag TREA
- Antrag der SPD-Fraktion vom 11.06.2007 - | STV/1031/2007 |
| 8. | Möglichkeiten der Vergrößerung eines Gruppenraumes in
der Kita Heinrich-Will-Straße
- Antrag der SPD-Fraktion vom 12.06.2007 - | STV/1035/2007 |
| 9. | Berichts Antrag zum Gen-Mais
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 12.06.2007 - | STV/1039/2007 |
| 10. | Verschiedenes | |

Abwicklung der Tagesordnung:

1. Bürger/-innenfragestunde

Es liegen keine Fragen vor.

- | | | |
|-----------|--|----------------------|
| 2. | Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes
Nr. GI 03/10 "Altenwohnanlage Eichendorffring";
hier: - Entscheidung über die vorgebrachten Anregungen
- Satzungsbeschluss
- Antrag des Magistrats vom 22.05.2007 - | STV/0995/2007 |
|-----------|--|----------------------|
-

Antrag:

1. Die von der Öffentlichkeit und den Trägern öffentlicher Belange zum Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. GI 03/10 "Altenwohnanlage Eichendorffring" vorgebrachten Anregungen werden mit den in Anlage 1 dargestellten Ergebnissen abgewogen.
2. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan wird mit seinen zeichnerischen und dem planungsrechtlichen Festsetzungen (Kapitel A der textlichen Festsetzungen) als Satzung beschlossen.
3. Die bauordnungsrechtliche Festsetzungen nach § 81 Hessische Bauordnung (Kapitel B der textlichen Festsetzungen) werden als Satzung beschlossen und gemäß § 9 Abs. 4 BauGB in den Bebauungsplan aufgenommen.
4. Die Begründung zu dem Bebauungsplan mit integriertem Umweltbericht (Anlage 3) wird beschlossen.

5. Der Magistrat wird beauftragt, den Satzungsbeschluss ortsüblich bekannt zu machen.

Stadtrat Rausch erklärt, durch ein Missverständnis sei der „Planungs- und Durchführungsvertrag“ zwischen Stadt und Wohnbau nicht mit der Vorlage gedruckt worden. Er sei aber als Anlage Bestandteil der Vorlage. Aus diesem Grund gebe er Kopien des Vertrages den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis.

Stv. Schlotmann, SPD-Fraktion, möchte wissen was ein KfW 40 Haus sei und ob es richtig sei, dass bei einer Bebauung in diesem Gebiet ein Mindestabstand zur Autobahn von 250 Metern eingehalten werden müsse.

Frau Cremer, Stadtplanungsamt, führt aus, die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) habe bestimmte Qualitätsmerkmale definiert. Ein KfW 40 Haus sei ein anspruchsvolles Haus bezüglich Wärmedämmung und niedrigem Heizenergiebedarf. Das heißt, die Wohnbau biete hier ein Niedrigenergiehaus, welches über die Anforderungen des Gesetzgebers hinausgehe.

Stadtrat Rausch erklärt, die Information, dass bei der Bebauung ein Mindestabstand von 250 m zur Straße eingehalten werden müsse, sei falsch. Der Abstand von der Fahrbahn bis zum nächst gelegenen Fenster betrage 114 Meter. Erst ab einer Entfernung von unter 100 Metern benötige ein solches Bauwerk eine Sondergenehmigung.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

3. **Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. GI 01/23 "St. STV/1002/2007
Josefs Krankenhaus";
hier: - Entscheidung über die vorgebrachten Anregungen
- Satzungsbeschluss
- Antrag des Magistrates vom 25.05.2007 -**
-

Antrag:

1. Die Anregungen der Trägern öffentlicher Belange zum offen gelegten Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes werden mit den aus der Anlage 1 hervorgehenden Ergebnissen abgewogen.
2. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. GI 01/23 „St. Josefs Krankenhaus“ (mit Vorhaben- und Erschließungsplan) wird mit seinen zeichnerischen und planungsrechtlichen Festsetzungen (Teil A der textlichen Festsetzungen) gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen. Die Begründung mit Umweltbericht wird beschlossen (Anlage 2).
3. Die bauordnungsrechtlichen Festsetzungen gemäß § 81 Hess. Bauordnung (HBO) und die wasserrechtliche Satzung gemäß § 42 Abs. 3 Hess. Wassergesetz (HWG)

werden als Satzungen beschlossen und gemäß § 9 Abs. 4 BauGB in den Bebauungsplan aufgenommen.

4. Der Magistrat wird beauftragt, die Satzungsbeschlüsse ortsüblich bekannt zu machen.

Beratungsergebnis: Ohne Aussprache einstimmig zugestimmt.

**4. Fertigstellung des letzten Teilstücks Kanalsanierung STV/0846/2007
Wetzlarer Straße/Zum Weiher, Kleinlinden
- Antrag der SPD-Fraktion vom 27.02.2007 -**

Antrag:

Der Magistrat der Stadt Gießen wird gebeten, sich bei den Mittelhessischen Abwasserbetrieben dafür einzusetzen, dass noch im Jahr 2007 das letzte Teilstück des zweischrittigen Bauverfahrens der projektierten Kanalsanierung Wetzlarer Straße/Zum Weiher in Kleinlinden fertig gestellt wird.

Stadtrat Rausch erklärt, dass die ursprünglich vorgesehenen Grundstücksflächen für die benötigten Pufferbecken von den verschiedenen Grundstückseigentümern nicht erworben werden konnte.

Die Planung sei nun mit einem veränderten Becken entsprechend geändert worden. Das Liegenschaftsamt sei derzeit dabei, diese neuen Flächen mit den entsprechenden Grundstückseigentümern zu verhandeln. Die Verträge seien noch nicht abgeschlossen, aber er halte es für möglich, dass der Landerwerb bis Ende Juni, Anfang Juli geregelt sei und das letzte Teilstück der Kanalsanierung ausgeführt werden könne.

Beratungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt. (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD/LINKE)

**5. Radtourismus STV/1021/2007
- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und
FDP vom 05.06.2007 -**

Antrag:

Der Magistrat wird gebeten, an den durch Gießen führenden überörtlichen Radwegen (insbesondere Lahnradweg und R7) Informationsschilder für Radfahrer aufzustellen. Die Schilder sollen einen Stadtplan enthalten sowie Informationen über Gießener Sehenswürdigkeiten, Museen, Übernachtungsmöglichkeiten und Service- und Reparaturbetriebe für Radfahrer.

Die Wegweisung von den Radwegen in Richtung Innenstadt soll optimiert werden.

Stv. Dr. Speiser, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, erklärt, Ziel des Antrages sei, die Informationsmöglichkeiten für Radfahrer zu verbessern und die einschlägige Wirtschaft in Gießen zu stärken. In Wetzlar z. B. gebe es schon lange entsprechende Hinweisschilder.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

6. Fußweg Brandwegbrücke/Spielplatz Hauffstraße **STV/1030/2007**
- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und
FDP vom 06.06.2007 -

Antrag:

Der Magistrat wird beauftragt, umgehend dafür Sorge zu tragen, dass der Fußweg zwischen dem Spielplatz Hauffstraße und der Brandwegbrücke wie bisher benutzt werden kann.

Stv. Scherer, FDP-Fraktion, führt aus, es handele sich bei dem Fußweg um eine gewachsene und rege genutzte innerörtliche Verbindung, die nach aufgetretenen Bedenken an der Verkehrssicherheit beidseitig gesperrt wurde.

Da es sich um einen kleinen Weg handelt, würden durch eine Wiederherstellung nur geringe Kosten entstehen; die positive Auswirkung für die Anwohner dagegen sei sehr groß. Er bittet daher um Zustimmung.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

7. Berichts Antrag TREA **STV/1031/2007**
- Antrag der SPD-Fraktion vom 11.06.2007 -

Antrag:

Der Magistrat der Stadt Gießen möge der Stadtverordnetenversammlung zur Sitzung am 05. Juli 2007 berichten, inwiefern der einstimmige Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 10. Mai 2007 zur geplanten TREA (STV/0898/2007) umgesetzt wird.

Des Weiteren möge er berichten, zu welchen Ergebnissen er bei der Prüfung der folgenden Punkte des Beschlusses in Zusammenarbeit mit den Stadtwerken Gießen gekommen ist:

1. *Einrichtung eines zweiten Gewebefilters mit Polzeifilterfunktion, um so die Sicherheit der Anlage v. a. bei Schadstoffspitzen und Störfällen zu erhöhen.*
2. *Ersatz der vorgesehenen Harnstoffanlage zur Entstickung durch einen Katalysator mit Aktivkohle. Es ist zwingend erforderlich, die ohnehin schon über*

dem zulässigen Grenzwert liegende Belastung des Gießener Stadtgebiets mit Stickoxyden (NOx) so wenig wie möglich zu erhöhen.

3. Einsatz des wesentlich effektiveren Natrium-Bicarbonat statt Kalkhydrat als Adsorptionsmittel in der Rauchgasreinigung.
4. Ergänzender Einsatz des AMESA-Beprobungsverfahrens zur kontinuierlichen Erfassung der Schwermetall-, Dioxin- und Furanfrachten.
5. Deutliche Nachbesserung des Brandschutzkonzeptes, insbesondere der Löscheinrichtungen.
6. Einrichtung einer Überwachungswarte in der TREA selbst – bisher ist die Anlage ohne direkte in der Anlage befindliche menschliche Überwachung ausgelegt („Geisteranlage“).
7. Die zu verbrennenden Abfälle müssen bei der Anlieferung einer strengen Kontrolle unterliegen, um die Entstehung von schädlichen Stoffen (z.B. Dioxine) möglichst gering zu halten. Für den geringst möglichen Schadstoffeintrag in die Feuerungsanlage sind Verfahren bzw. Techniken nötig, mit denen eine Schadstoffentfrachtung der Abfallbrennstoffe nachgewiesen bzw. Abfälle mit zu hohen Schadstoffgehalten zuverlässig vor der Verbrennung zurückgewiesen werden können.
8. Das Genehmigungsverfahren für die verknüpfte Abfallvorsortierungsanlage (Sekundärstoffverwertung Mittelhessen) muss öffentlich und transparent durchgeführt werden.
9. Die Verkehrsführung muss so gestaltet werden, dass durch die Anlieferung keine zusätzliche Verkehrsbelastung in Wohngebieten entsteht.
10. Mülltourismus muss vermieden und in der Anlage in erster Linie Restgewerbemüll aus der Region verbrannt werden.
11. Die Kapazität zur Verbrennung von Abfällen soll auf 25.000 Tonnen pro Jahr begrenzt werden.
12. Eine Gefährdung der Forschungsbedingungen am Leihgesterner Weg muss ausgeschlossen werden.

Stv. Bellof, SPD-Fraktion, erkundigt sich, ob es für die Anlieferung der TREA schon Überlegungen zur Verkehrsführung gebe. Wenn ja, sollten diese in der Beantwortung der Fragen mit aufgeführt werden.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

8. Möglichkeiten der Vergrößerung eines Gruppenraumes in der Kita Heinrich-Will-Straße - Antrag der SPD-Fraktion vom 12.06.2007 - **STV/1035/2007**

Antrag:

Der Magistrat möge berichten, welche Möglichkeiten in der Kindertagesstätte Heinrich-

Will-Straße bestehen, um die dort vor einem Gruppenraum befindliche überdachte Terrasse zur Vergrößerung des Gruppenraumes zu integrieren. Welche Kosten würde ein entsprechender Umbau verursachen?

Beratungsergebnis: Ohne Aussprache einstimmig zugestimmt.

**9. Berichtsantrag zum Gen-Mais
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 12.06.2007 -**

STV/1039/2007

Antrag:

1. Der Magistrat wird gebeten von der Justus-Liebig-Universität Auskunft in den folgenden Fragen zu erhalten:
 - a) Kann die Sortenwertprüfung von gentechnisch veränderten Mais trotz der gemeldeten ‚erheblichen‘ Zerstörungen auf dem Feld an der Weilburger Grenze weiter durchgeführt werden oder muss sie abgebrochen werden?
 - b) Wie lautet die diesbezügliche Entscheidung des Bundessortenamtes?
 - c) Wenn die Sortenwertprüfung – wie Prof. Kogel nach der Zerstörung vermutet hatte - nicht mehr durchgeführt werden kann: Warum bleibt (Stand 11. 6. 07) der restliche Bestand von Maispflanzen – darunter auch gentechnisch veränderte Pflanzen – stehen?
2. Der Magistrat soll sich bei der Universitätsleitung einsetzen, dass die restlichen Maispflanzen umgehend beseitigt werden, da nach einer neuen, im Mai veröffentlichten Studie des Bundesamtes für Verbraucherschutz berechtigter Grund für die Annahme besteht, dass von dem Anbau von gentechnisch verändertem Mais der Sorte MON 810 eine Gefahr für die Umwelt ausgeht und deshalb ein weiterer Anbau dieser Sorte durch das Bundesamt untersagt wird.

Auf Antrag des **Stv. Janitzki**, Fraktion Die Linke., werden die Ausführungen von Bürgermeisterin Weigel-Greilich wörtlich zu Protokoll genommen.

Bürgermeisterin Weigel-Greilich:

„Ich würde gerne auf die Fragen antworten. Es ist zum einen so, dass war ja der Presse zu entnehmen, dass der Sortenversuch abgebrochen worden ist. Es ist aber entgegen der Darstellung in der Presse nicht so, dass jetzt bereits entschieden ist, dass nächstes Jahr das wieder aufgelegt wird, weil es ja im Schwanken ist, weil derzeit geprüft wird, ob es überhaupt zulässig sein soll. Von daher ist da überhaupt keine Entscheidung getroffen. Es gibt noch keine Entscheidung, ist die Antwort darauf.

Dann die Frage c): ‚Warum bleibt der restliche Bestand von Maispflanzen, darunter auch gentechnisch veränderte Pflanzen, stehen.‘ Das ist falsch, die gentechnisch veränderten Pflanzen sind alle entfernt. Es sind nur die nicht gentechnisch veränderten Pflanzen stehen geblieben und zwar aus dem Grunde, wenn man sie entfernen würde, würde das Feld verunkrauten und es müsste dann etwas Neues eingesät werden. Deswegen sind nur die gentechnisch veränderten Maispflanzen entfernt worden. Damit

hat sich auch der Punkt 2), dass man sich dafür einsetzen soll, dass die gentechnisch veränderten Pflanzen entfernt werden sollen, erledigt.“

Stv. Scherer, FDP-Fraktion, weist darauf hin, dass die Fragen von der Fraktion Die Linken direkt an die Universität hätten gerichtet werden können.

Stv. Janitzki, Fraktion Die Linke.:

„Gibt es einen Beschluss des Bundessortenamtes, dass der Versuch für dieses Jahr abgebrochen ist?“

Bürgermeisterin Weigel-Greilich:

„Ja, den Beschluss gibt es. Ich habe gestern mit Herrn Prof. Fried gesprochen um mich zu erkundigen. Sofort nachdem die Zerstörung durchgeführt wurde, ist das gemacht worden nach Rücksprache mit dem Bundessortenamt und vor allem auch unter Kontrolle des Regierungspräsidiums. Deswegen möchte ich mich Herrn Scherer anschließen, weitere Detailfragen sind in der Tat an das Regierungspräsidium als zuständige Behörde zu stellen, weil die sind dafür verantwortlich, wenn irgend welche Probleme oder Durchführungsbestimmungen beim Versuch zu beachten sind.“

Stv. Janitzki:

„Wenn man da hin fährt und sich das anschaut, das habe ich heute auch mal mit dem Fahrrad gemacht, dann denkt man, es ist nichts passiert. Da sind zwei kleine Löcher, aber 9/10 der Fläche ist weiter da. Uns ist auch eigenartig dass noch der Schutzzaun darum ist. Haben Sie dafür eine Erklärung?“

Bürgermeisterin Weigel-Greilich:

„Also Herr Janitzki, ich kann Ihnen nur erklären, was der Herr Prof. Fried mir gestern gesagt hat und da würde ich Sie für weitere Detailfragen wirklich bitten, sich mit dem Regierungspräsidium in Verbindung zu setzen. Ich bin ja keine Expertin auf dem Gebiet und für weitere Detailfragen müsste ich jedes mal wieder bis zur nächsten Sitzung mit Herrn Prof. Fried reden. Ich glaube nicht, dass das für alle Seiten eine erquickliche Art und Weise ist, wie man Detailinformationen zu dem konkreten Versuch bekommt. Ich habe nachgefragt, was Stand der Dinge ist. Für mich ist der Versuchsleiter derjenige, der für mich relevant ist und der hat mir Auskunft gegeben. Ich habe keinen Grund, jetzt daran zu zweifeln, was er mir gesagt hat. Und er hat mir gesagt, das Ganze ist unter Aufsicht des Regierungspräsidiums geschehen.“

Stv. Janitzki:

„Das bedeutet ja wohl, dass die Anfrage nicht schriftlich beantwortet ist und deshalb muss ich leider darum bitten, dass sämtliche Aussagen von Frau Weigel-Greilich wörtlich protokolliert werden.“

Beratungsergebnis:

Einstimmig abgelehnt. (Nein: CDU/GR/FDP, StE: SPD/LINKE)

10. Verschiedenes

- **Familiientag**

Bürgermeisterin Weigel-Greulich weist auf den kreisweiten Familientag am Sonntag, 24.07.2007 hin. In Gießen werde es u. a. eine Familien-Rallye geben, die ab 11:00 Uhr auf dem Marktplatz stattfindet. Alle Familien mit Kindern seien dazu herzlich eingeladen, gerne auch Enkelkinder oder Nachbarskinder.

- **Radweg Rodheimer Str./Richtung Heuchelheim**

Stv. Schlotmann, SPD-Fraktion, weist darauf hin, dass die ehemalige Einfahrt zum Lidl-Markt jetzt mit Glascontainern zugestellt sei. Es gebe Beschwerden von Radfahrern, dass dort viele Scherben liegen, die zudem auch noch verdeckt von Blättern und Blüten schlecht zu sehen seien.

Stadtrat Rausch sagt eine Prüfung zu.

Stv. Schlotmann führt weiter aus, dass bei der jetzigen Ausfahrt des Lidl-Marktes die Autofahrer den Radweg nur sehr schlecht einsehen können.

Stadtrat Rausch sagt auch hier eine Prüfung zu.

- **Ampelanlage Kreuzung Krofdorfer Str./Rodheimer Straße**

Stv. Walldorf, SPD-Fraktion, trägt vor, die Ampel werde ab 22:00 Uhr auf Blinkbetrieb geschaltet. Er bittet zu prüfen, ob die Möglichkeit bestehe, die Ampel nachts eingeschaltet zu lassen, da die Fahrzeuge nachts oft mit sehr hoher Geschwindigkeit diese Kreuzung befahren.

Stadtrat Rausch erklärt, bisher seien in Gießen nachts eher mehr als weniger Ampeln abgeschaltet worden, da sich in der Zeit zwischen 22:00 und 6:00 Uhr erhebliche Stromkosten sparen lassen. Im Übrigen seien grundsätzlich, egal ob mit oder ohne Ampel, die Verkehrsregeln nicht außer Kraft gesetzt. Es gebe im ganzen Stadtgebiet Ampeln, die nachts auf Blinkbetrieb gestellt werden. Im Verhältnis zu dem Verkehrsaufkommen und der jeweiligen Gefährlichkeit der Straße prüfe die Straßenverkehrsbehörde, in Abstimmung mit der Polizei, genau, ob eine Ampel nachts abgeschaltet werden könne oder nicht.

- **Landmanns-Straßen-Fest**

Stv. Janzen, SPD-Fraktion, gibt bekannt, dass am 29. und 30. Juni 2007 das Landmann-Straßen-Fest stattfindet. Normalerweise finde das Fest nur

alle zwei Jahre statt, doch anlässlich des 111. Jubiläums der Straße auch in diesem Jahr. Sie lädt die Ausschussmitglieder herzlich zu der Veranstaltung ein.

- **Konstituierende Sitzung des Denkmalbeirates**

Stv. Janitzki, Fraktion Die Linke., möchte wissen, warum die Ende des Monats stattfindende konstituierende Sitzung des Denkmalbeirates in dem Gebäude der Landsmannschaft Darmstadtia, einer schlagenden Studentenverbindung, stattfindet.

Stadtrat Rausch erklärt, Hintergrund sei, dass die Stadt an diesem Gebäude Denkmalschutzmaßnahmen mitfinanziert habe und sich so die Möglichkeit biete, diese Maßnahmen zu begutachten. Des Weiteren gab es die Idee, dass man, falls gewünscht, sich das in der Nähe befindliche Klinikum noch einmal anschauen könne.

- **Einbahnstraßenregelung Alter-Wetzlarer-Weg**

Stv. Schlotmann, SPD-Fraktion, führt aus, es gebe Beschwerden von Anwohner dieser Straße, dass es bedingt durch die Einbahnstraßenregelung zu langen Wartezeiten beim Abbiegen in die Frankfurter Straße komme.

Stadtrat Rausch erklärt, er könne dies in dem von Frau Schlotmann dargestellten Maße nicht bestätigen. Eine Einbahnstraßenregelung sei eine verkehrsberuhigende Maßnahme von der die Anwohner profitieren und diese Einschränkung müssten in Kauf genommen werden. Dies sei im Übrigen an vielen anderen Stellen in der Stadt nicht anders.

- **Treppenabgänge Fußgängerunterführung Berliner Platz**

Stv. Wernert-Jahn, CDU-Fraktion, weist darauf hin, dass die Treppenabgänge zur Fußgängerunterführung Berliner Platz durch Müll stark verunreinigt seien. Sie bittet, diese zu reinigen, auch wenn die Unterführung im Moment bedingt durch die Bauarbeiten am Berliner Platz gesperrt sei.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt die Vorsitzende die Sitzung mit einem Dank für die Mitarbeit der Anwesenden.

DIE VORSITZENDE:

(gez.) Küster

DIE SCHRIFTFÜHRERIN:

(gez.) Benz